



Aktionsplan „Gleichstellung von LSBTI* in Bielefeld“

www.bielefeld.de



Impressum

Herausgeberin:



Redaktion:

Ilse Buddemeier, Gleichstellungsstelle der Stadt Bielefeld

Friederike Vogt, Netzwerk lesbischer und schwuler Gruppen in Bielefeld e. V.

Peter Struck, Netzwerk lesbischer und schwuler Gruppen in Bielefeld e. V.

Verantwortlich für den Inhalt:

Ilse Buddemeier

Stand: Mai 2017

Inhalt

| Handlungsfeld | Seite |
|--|--------------|
| Einleitung | 2 |
| Kinder, Jugendliche, Familien | 3 |
| Alter und Pflege | 6 |
| Menschen mit Behinderungen | 9 |
| Psychosoziale Beratung | 11 |
| Gesundheit | 13 |
| Geflüchtete | 15 |
| Migration | 17 |
| Kultur und Geschichte | 19 |
| Stadtverwaltung, Arbeitgeberin Stadt Bielefeld | 21 |
| | |
| Anhang | |
| Kosten | 23 |
| Begriffserläuterung | 25 |
| Grafik „Unter der Regenbogenfahne“ | 26 |
| Literaturverzeichnis | 27 |

Einleitung

Die Lebenssituation von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen (LSBTI*) in der Deutschen Gesellschaft hat sich in den letzten Jahren verbessert. Durch das Lebenspartnerschaftsgesetz (2001) und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (2006) sind erste Schritte auf dem Weg zur rechtlichen Gleichstellung erfolgt. Neben anderen Bundesländern hat auch Nordrhein-Westfalen einen „Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt – gegen Homo- und Transphobie“ (2012) aufgelegt.

Die große Mehrheit der Menschen in Deutschland spricht sich inzwischen für die rechtliche Gleichstellung von homosexuellen Menschen aus. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2017). Rund 95 % bezeichneten es außerdem als gut, dass homosexuelle Menschen gesetzlich vor Diskriminierung geschützt werden.

Inzwischen erkennen auch immer mehr Kommunen die Gleichstellung von LSBTI* als Kommunale Aufgabe und Herausforderung. Als eine der ersten Städte in NRW hat die Stadt Bielefeld bereits in den Jahren 2002 und 2004 gemeinsam mit dem Netzwerk Lesbische und Schwule Gruppen in Bielefeld Handlungsprogramme entwickelt, um Benachteiligungen von Lesben und Schwulen abzubauen und ihre Gleichstellung zu fördern.

Denn trotz unbestritten großer Fortschritte ist die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung faktisch noch nicht erreicht. Homo- und Transphobie sind nach wie vor üblich und alltäglich. Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transidente und Intersexuelle (LSBTI*) werden weiterhin diskriminiert – am Arbeitsplatz, in der Schule, in der Öffentlichkeit und im Freizeitbereich. In der Studie „Die Abwertung des Anderen“ der Universität Bielefeld stellen Andreas Zick et. al. (2011) fest, dass 38 % der Befragten Homosexualität als unmoralisch empfinden.

„Sexuelle Identität“ ist eine der Dimensionen der Charta der Vielfalt, der beizutreten der Rat der Stadt Bielefeld im Jahr 2009 beschlossen hat. Mit dem hier vorgelegten Aktionsplan wird diese Dimension als Querschnittsthema in die Verwaltung eingebracht. Der Plan umfasst neun Handlungsfelder mit insgesamt 75 Maßnahmen, deren vollständige und nachhaltige Umsetzung auch davon abhängen wird, ob und wie das Arbeitsfeld „Gleichstellung von LSBTI*“ in der Verwaltung mit Ressourcen ausgestattet werden wird.

Handlungsfeld „Kinder, Jugendliche, Familien“

In Bielefeld leben 25.746 Menschen im Alter von 14 bis 21 Jahre. Wissenschaftliche Studien schätzen den Anteil von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Inter* auf 5 – 10 % der Bevölkerung (Dalia Research 2016). Demnach leben etwa 1.250 – 2.500 queere Jugendliche und junge Heranwachsende in Bielefeld. Angebote für LSBTI* Jugendliche gibt es in Bielefeld bereits seit vielen Jahren, die meiste Zeit allerdings nur auf ehrenamtlicher Basis, mit der Folge, dass es immer wieder zu Unterbrechungen kam. Erst durch die Förderung des Landes im Rahmen des Landesjugendplans konnte das Angebot professionalisiert und verstetigt werden.

Das Coming Out ist für lesbische, schwule, bisexuelle, trans*- und intergeschlechtliche Jugendliche nach wie vor eine schwierige Lebensphase. Sie müssen sich neben den alterstypischen Entwicklungsaufgaben zusätzlich mit ihrem „Anderssein“ auseinandersetzen und lernen, ihre nicht-heterosexuelle Orientierung bzw. trans- oder intergeschlechtliche Identität für sich zu akzeptieren (inneres Coming Out). Erst danach öffnen sie sich Schritt für Schritt – trotz der Angst vor Ablehnung – nach außen und outen sich nach und nach in ihrem sozialen Umfeld (äußeres Coming Out).

Die Studie „Coming-Out - und dann?“ des Deutschen Jugend Instituts (2015) stellt fest, dass 82 % der befragten Jugendlichen Diskriminierung aufgrund ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität erfahren haben, vor allem im öffentlichen Raum. Trans* Personen erleben Abwertung und Feindseligkeit in der Öffentlichkeit am häufigsten.

Beate Küpper und Andreas Zick weisen in ihrer Studie „Homophobie in Nordrhein-Westfalen“ (2015) darauf hin, dass die Diskriminierung von Lesben und Schwulen bei Jugendlichen wieder ansteigt. „Schwul“ ist nach wie vor ein viel verwendetes Schimpfwort auf dem Schulhof.

Durch gesellschaftliche Entwicklungen haben sich in den letzten Jahrzehnten neben der traditionellen Kleinfamilie zahlreiche weitere Familienformen etabliert. Von den 336.000 Einwohner_innen Bielefelds sind 152.061 ledig, 135.321 verheiratet und 655 leben in einer Lebenspartnerschaft.

Auch immer mehr LSBTI* Menschen wünschen sich Kinder oder leben mit ihren Kindern in Regenbogenfamilien, in denen mindestens ein Elternteil homo- oder transsexuell ist, zusammen. Untersuchungen zeigen, dass Kinder in Regenbogenfamilien genauso gut aufwachsen, wie in traditionellen Familien. Dennoch gibt es viele Vorurteile und Diskriminierungen gegenüber der Realität dieser Lebens- und Familienformen in der Gesellschaft (Dr. Marina Rupp „Die Lebenssituation von Kindern in gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften“, Bundesanzeiger Verlag, 2009).

Maßnahmen im Handlungsfeld „Kinder, Jugendliche, Familien“

- 1. Die Stadt setzt sich für die Erhaltung und finanzielle Absicherung der beiden Treffpunkte „mosaik zusammen_verschieden“ (Mädchentreff Bielefeld e.V.) für junge lesbische, bisexuelle und trans* Frauen von 14 - 16 Jahren und „begin“ für LSBTI* Jugendliche ab 14 Jahren (Die Falken Bielefeld e.V.) ein.** Zurzeit werden beide Treffpunkte mit Landesmitteln aus dem Kinder- und Jugendförderplan gefördert. „begin“ erhält zurzeit eine Förderung in Höhe von 35.000 Euro (Jahresförderung, 0,5 Fachkraftstelle), „mosaik“ erhält insgesamt 73.000 Euro für 1,5 Jahre, d. h. 48.000 Euro pro Jahr (1 Fachkraftstelle). Die Stadt unterstützt die Bemühungen der Träger, beide Angebote auch weiterhin aus den Projektmitteln des Kinder- und Jugendförderplans des Landes zu fördern.
- 2. Die Angebote „begin“ und „mosaik“ für queere Jugendliche während und nach ihrem Coming Out werden durch städtische Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit (Verlinkung mit Homepage, Familienportal, Vernetzung mit Jugendtreffs) sichtbar gemacht.**
- 3. Das Aufklärungsprojekt für Schulklassen und Jugendgruppen „SCHLAU Bielefeld“ wird mit 0,5 Personalstelle und Sachkosten für die Koordination der Workshops und des ehrenamtlichen Teams gefördert.**
„SCHLAU Bielefeld“ gehört zu den größten und erfolgreichsten SCHLAU – Projekten in Nordrhein-Westfalen. Die Gruppe arbeitet bisher ausschließlich ehrenamtlich. Die inhaltliche Arbeit von SCHLAU und die dafür notwendigen Netzwerke und langfristigen Kooperationen sind nur aufrecht zu erhalten, wenn das Projekt, wie in anderen Städten in NRW, durch die Einrichtung einer halben Personalstelle professionalisiert werden kann.
Kosten pro Jahr: 30.000 Euro (Personal und Büro), 3.000 Euro (Infomaterial)
- 4. Die Verwaltung setzt sich dafür ein, dass Erzieher_innen, Sozialarbeiter_innen und Pädagogen_innen in der Kinder- und Jugendhilfe und der Schulsozialarbeit für Belange des LSBTI* - Lebenszusammenhanges sensibilisiert werden und dass entsprechende Module in Fachveranstaltungen, Fortbildungen, Treffen von Kitaleitungen der Stadt und freier Träger integriert werden.**
- 5. Die Regionale Schulberatungsstelle (RSB) ergänzt ihre Angebote um das Querschnittsthema LSBTI*.**
- 6. Die Verwaltung unterstützt das Anliegen, das Thema LSBTI* mit Unterstützung von SCHLAU und Präventionsfachkräften in die Jugendgruppenleiter-Schulungen der Jugendverbände aufzunehmen.**
Diese Maßnahme soll der wachsenden Homophobie unter Jugendlichen entgegenwirken.
- 7. Die Verwaltung unterstützt die Projekte „begin“, „mosaik“ und „SCHLAU“ bei der Durchführung von Empowerment - Workshops für queere Jugendliche als potenzielle Opfer von Diskriminierung durch die Bereitstellung von Räumen, bei der Werbung und durch die Übernahme der Sachkosten.**
Zielgruppen dieser Workshops sind u. a. Jugendliche im Coming Out und Kinder von LSBTI* - Eltern.

Kosten pro Jahr: 5.000 Euro

- 8. Unter Federführung der Verwaltung wird jährlich eine zentrale für alle Träger verbindliche Fachveranstaltung zum Thema LSBTI* durchgeführt.**
- 9. Im Rahmen des Zielplanungsprozesses des Dezernates 5 wird für den Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit das Handlungsfeld „Geschlechtersensibles/heteronormativkritisches Arbeiten“ aufgenommen.**
In diesem Zielvereinbarungsprozess wird mit den Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit vereinbart, dass sie entsprechende bedarfsgerechte Maßnahmen wie Workshops, Projekte und Fortbildungen entwickeln und umsetzen.
- 10. Im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit zeigt die Verwaltung vielfältige Familienbilder, die die Diversität heutiger Familien widerspiegeln.**
- 11. Die Broschüre „Ungewöhnlich glücklich – Mut zum Coming Out“, die über Bielefelder Angebote für junge LSBTI* Jugendliche informiert, wird überarbeitet und auf die Homepage der Stadt Bielefeld gestellt.**
- 12. Die Broschüre „Ungewöhnlich glücklich – Informationen für Eltern von lesbischen Töchtern und schwulen Söhnen“ wird überarbeitet und auf das Familienportal der Stadt eingestellt.**
- 13. Die Stadt unterstützt die Bildung von Selbsthilfegruppen von LSBTI* - Eltern.**
beispielsweise durch die Bereitstellung von Räumen.
- 14. Das Jugendamt wirkt darauf hin, bei „Stiefkindadoptionen“ von gemeinsamen Kindern die Adoptionspflegezeit durch geeignete Maßnahmen zu verkürzen**
Ein Verzicht auf die Adoptionspflegezeit ist ohne eine gesetzliche Neuregelung im BGB nicht möglich. Die Entscheidung wird vom Familiengericht gefällt. Das Jugendamt gibt eine fachliche Stellungnahme ab und berät im Vorfeld über das Verfahren und die Fristen. Der Wunsch, bei gemeinsamen Kindern eines Paares die Adoptionspflegezeit zu verkürzen, wird vom Jugendamt unterstützt.

Handlungsfeld „Alter und Pflege“

Die Chancen, das Alter psychisch und physisch vital und gesund zu erleben, sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Das trifft aber nicht für alle Menschen gleichermaßen zu. Wohlstand und soziale Sicherheit, Selbstbestimmung und soziale Vernetzung sind unbestritten lebensverlängernde Faktoren.

Aus Untersuchungen ist bekannt, dass viele Lesben und Schwule Angst davor haben, pflegebedürftig und in Einrichtungen ausgegrenzt zu werden. Dies trifft auch für trans- und intergeschlechtliche Menschen zu (z. B. Studie „Unterm Regenbogen – Lesben und Schwule in München, München 2004).

Die strafrechtliche Verfolgung gleichgeschlechtlicher Kontakte unter erwachsenen Männern bis zum Jahr 1969 und deren Zuspitzung in der Verfolgung und Vernichtung durch den NS-Terror, damit verbundene und über 1969 andauernde Stigmatisierung und Diskriminierung beschreiben die gesellschaftlichen Bedingungen, die für die Sozialisation älterer LSBTI* prägend sind. Viele alte und alternde Menschen aus diesem Personenkreis haben nach wie vor Hemmungen und Ängste, ihre Identität dort sichtbar zu machen, wo es im Sinne ihrer Lebensqualität und Gesundheit sinnvoll wäre, z. B. wenn sie Leistungen der ambulanten und stationären Pflege und Versorgung in Anspruch nehmen müssen. Auch diejenigen Schwulen, Lesben und Trans*, die sich seit den 1970er Jahren erfolgreich für rechtliche und soziale Gleichstellung eingesetzt haben, stellen sich angesichts ihres Alterns die Frage: Wie offen sind die heteronormativ geprägten Einrichtungen der stationären und ambulanten Pflege und Versorgung alter Menschen für sie? Wie können sie dort ihre mühsam erkämpfte Identität bewahren?

Hinzu kommt, dass ab Mitte der 1980er Jahre die Aidskrise die Lebenslage von schwulen Männern verändert hat. Sie sind nach wie vor eine Hauptbetroffenengruppe – rund 75% der HIV-Positiven sind schwule oder bisexuelle Männer. Die Fortschritte in der medizinischen Behandlung führen dazu, dass HIV für die meisten Betroffenen mittlerweile zu einer chronischen Erkrankung geworden ist. Die Lebenserwartung von Menschen mit HIV und Aids ist nur noch unwesentlich geringer als die von Menschen ohne HIV. Die Anzahl älterer schwuler Männer wird deshalb steigen.

Sie sind doppelt stigmatisiert – als schwule Männer und als HIV-Positive. Ihre besonderen Bedarfe müssen in der Altenhilfe berücksichtigt werden.

Lesbische Frauen wurden nicht kriminalisiert, aber extrem marginalisiert. Als ledige Frauen entsprachen sie nicht dem Frauenbild der 1950er bis 1970er Jahre. Sie waren gesellschaftliche Außenseiterinnen, auch ohne offen lesbisch zu leben. Die Heimlichkeiten und das Doppelleben führen dazu, dass viele lesbische Frauen bis heute die permanente Erfahrung machen, dass sie nicht als die Person wahrgenommen und angenommen werden, die sie wirklich sind. Dies hat Auswirkungen auf die Gesundheit und die Persönlichkeit, die in der Altenhilfe und Pflege berücksichtigt werden müssen. Dazu kommen die dieser Frauengeneration gemeinsamen Benachteiligungen bei Bildung und Einkommen. Die daraus resultierende Altersarmut schränkt die Sichtbarkeit und die sozialen Teilhabemöglichkeiten lesbischer Frauen gravierend ein.

Es muss gewährleistet sein, dass Lesben, Schwule und Trans* auch im Alter offen, angstfrei und ohne Diskriminierung leben können und bei Gebrechlichkeit „kultursensi-

bel“ versorgt werden. Ihre Bedürfnisse, Lebens- und Sozialisationsbedingen werden in den Konzepten der Altenhilfe und Altenpflege jedoch in der Regel nicht berücksichtigt.

Trotz zunehmender Individualisierung übernimmt die Familie häufig eine wichtige Rolle in der Versorgung und sozialen Integration alter Menschen. Lesben und Schwule leben oft in altershomogenen Wahlfamilien und Freund_innenkreisen. Generationenübergreifende soziale Beziehungen sind eher selten. Mit zunehmendem Alter und wachsender körperlicher Gebrechlichkeit reduzieren sich die sozialen Kontakte in altershomogenen Freundeskreisen bis hin zur Vereinsamung. LSBTI*, die ein weniger tragfähiges soziales Netzwerk aufbauen konnten oder kein soziales Netzwerk in ihrer Nähe zur Verfügung haben, sind im Alter besonders auf ein wohnortnahes und kultursensibles Netzwerk von Pflege und Versorgung angewiesen. Diese Strukturen zu schaffen, ist auch ein Anliegen des Siebten Altenberichts der Bundesregierung „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune. Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“ (2016).

Maßnahmen im Handlungsfeld „Alter und Pflege“

- 1. Die Stadt führt zur Bedarfserhebung eine Befragung der Zielgruppe zum Thema „Wie wollen Lesben, Schwule und Trans* im Alter leben und versorgt werden?“ durch. Darüber hinaus werden Angehörige und Pflegepersonal zu ihren Erfahrungen und Eindrücken befragt.**
- 2. Die Stadt wirkt in den zuständigen Gremien auf eine Sensibilisierung der Leitungsebene der Träger der Altenhilfe und -pflege für die spezifischen Belange von Lesben, Schwulen und Trans* hin.**
Ziele sind die Öffnung vorhandener Einrichtungen wie z. B. Altentreffs für LSBTI* durch gezielte Ansprache und zielgruppenspezifische Angebote sowie eine kultursensible Pflege und Versorgung.
- 3. Die Stadt wirkt darauf hin, dass die Bielefelder Wohnungsgesellschaften die Bedürfnisse von LSBTI* in Bezug auf Wohnen im Alter berücksichtigen.**
- 4. Die Stadt Bielefeld führt für die Mitarbeiter_innen der Heimaufsicht eine Fortbildung zu den Bedürfnissen von LSBTI* in Heimen und Pflegeeinrichtungen durch.**
- 5. Die Stadt unterstützt die Entwicklung einer kultursensiblen Pflegekompetenz der Mitarbeiter_innen in Einrichtungen der Altenhilfe und -pflege durch Tagungen, Fortbildungen und Kooperationen.**
Ziel ist es, das Pflegepersonal zu befähigen, ein Klima des Respekts und der Akzeptanz zu schaffen, das einen positiven Umgang mit LSBTI*-Lebensbezügen ermöglicht.
- 6. Zum Thema „Folgen und Symptome der Erfahrung sexualisierter Gewalt und der Aidskrise für das Leben im hohen Alter“ organisiert die Stadt in Kooperation mit Wildwasser Bielefeld e. V. und dem Netzwerk lesbischer und schwuler Gruppen in Bielefeld e. V. eine spezifische Fortbildung.**
- 7. Die Stadt richtet eine Tagung aus, bei der innovative Konzepte und Beispiele guter Praxis zum Thema LSBTI* und Alter und Pflege vorgestellt und diskutiert werden.**

8. Die städtische Pflegeberatung informiert auf ihrer Internetseite PFIO (Pflegeinformationsdienst online) über Einrichtungen für Pflege und Versorgung.

Die Einrichtungen haben die Möglichkeit, geeignete Zertifikate, die eine Offenheit für die Belange von LSBTI* z. B. durch eine Teilnahme an Maßnahmen zur Sensibilisierung (Mitarbeiter_innenfortbildungen, Leitbild, u. U. eine Zertifizierung als LSBTI*-freundliche Einrichtung) zu dokumentieren, auf der PFIO-Plattform zu veröffentlichen.

9. Die Stadt fördert die Bildung von Selbsthilfe- und Freizeitgruppen älterer Lesben, Schwuler und Trans* z. B. durch koordinierende Unterstützung und Förderung von Anleiter_innen in der Aufbauphase.

10. Die Stadt unterstützt die Entwicklung von ehrenamtlichen queeren Besuchsangeboten.

11. Das Thema LSBTI* findet Berücksichtigung in der kommunalen Berichterstattung, z.B. in der Altenberichterstattung.

12. Die Verwaltung bringt das Thema in den Seniorenrat ein.

Handlungsfeld „Menschen mit Behinderungen“

Der Großteil der Menschen mit Behinderung lebt außerhalb von Einrichtungen. Durchschnittlich wird davon ausgegangen, dass in der Bundesrepublik ca. 800.000 Menschen mit Behinderung in einer Einrichtungen der Eingliederungshilfe leben und ca. 13 Millionen Menschen mit Behinderung außerhalb von Einrichtungen. Im Rahmen des Bielefelder Inklusionskonzeptes werden Maßnahmen entwickelt und umgesetzt, die die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen verbessern sollen. Hier sind die Belange von LSBTI* bisher allerdings kaum mit eingeflossen.

Bis in die 1970er Jahre wurden Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen sowie Menschen mit Sinnesbehinderungen keine sexuellen Bedürfnisse zugestanden. Ihre Sexualität war tabu und ist es häufig noch heute. In Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen führt sexuelle Selbstbestimmung immer wieder zu Konflikten mit dem Pflegepersonal.

Mehrfachdiskriminierungen müssen intersektional betrachtet werden, denn sie sind nicht nur die Summe von Benachteiligungen, sondern eine Verschränkung von Benachteiligungsformen, welche die Teilhabemöglichkeiten stark verringern, bis hin zur Verhinderung und zum Ausschluss. Das bedeutet, dass z. B. eine trans* Frau, die aufgrund ihres Geschlechts, ihres ethnischen Hintergrunds und ihrer Behinderung diskriminiert wird, niemals allein nur in einer dieser Dimensionen diskriminiert wird.

Über mehrdimensionale Diskriminierungen hinaus, denen Menschen mit Behinderungen in der Gesellschaft ausgesetzt sind, sind das Coming Out und das Alltagsleben eines behinderten, schwulen, lesbischen, bisexuellen, trans*- oder intergeschlechtlichen Menschen mit besonderen Problemen belastet. Neben den psychischen Belastungen, die durch die Behinderung, bzw. durch den Umgang mit der Behinderung entstehen, kommen die Identitätssuche und die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung belastend hinzu.

Angekommen in der jeweiligen LSBTI*-Szene treffen Jugendwahn und Schönheitsideal Menschen mit Behinderungen in besonderer Weise. Dazu kommt, dass Menschen mit Behinderung durch Menschen ohne Behinderung häufig als geschlechtslos wahrgenommen und als „der Behinderte“ im Sinne eines Gruppenmerkmals stigmatisiert werden.

Die Suche nach Liebes- und Lebenspartner_innen wird durch eine Behinderung zusätzlich erschwert. Barrierefreiheit ist bei Angeboten, die auf die Zielgruppe LSBTI* zielen, nicht selbstverständlich, weder bei Gebäuden oder Veranstaltungen noch im Internet. Besonders erschwert wird der Kontakt zu Szenelokalitäten und Einrichtungen durch technische oder bauliche Hemmnisse. Barrierefreiheit im Internet, beim Zugang ins Gebäude oder beispielsweise bei der Nutzung der Toiletten ist oftmals noch nicht gegeben.

Von Frauen mit Behinderung wissen wir, dass sie besonders häufig von Gewalt betroffen sind. Es ist davon auszugehen, dass hier für lesbische und trans* Frauen eine Mehrfachgefährdung besteht.

Maßnahmen im Handlungsfeld „Menschen mit Behinderungen“

- 1. Die Ermittlung und Benennung von Lebens- und Problemlagen von LSBTI* Menschen mit Behinderung oder Beeinträchtigung wird Teil des städtischen Inklusionsprozesses.**
- 2. Die Stadt setzt sich in Gesprächen mit Trägern von Beratungs- und Hilfeangeboten für Menschen mit Behinderungen oder Beeinträchtigungen dafür ein, dass diese Angebote aktiv für Lesben, Schwule, Trans* und Intersexuelle mit Behinderungen geöffnet werden.**
- 3. Darüber hinaus setzt sich die Stadt dafür ein, die bestehenden allgemeinen Beratungsstellen, Einrichtungen, Veranstaltungsräume und andere Angebote für LSBTI* Menschen mit Behinderung aktiv zu öffnen.**
- 4. Die bestehenden Beratungsangebote und Treffpunktangebote für LSBTI* Jugendliche im Coming Out öffnen sich aktiv für LSBTI* Jugendliche mit Behinderung.**
- 5. Die Stadt richtet eine Tagung aus, bei der Konzepte und Beispiele guter Praxis zum Thema LSBTI* und Behinderung aus unterschiedlichen Lebensbereichen wie z. B. Wohnen, Arbeiten, sexuelle Selbstbestimmung, Pflege vorgestellt und diskutiert werden.**
- 6. Die Stadt bietet Diskussions- und Informationsveranstaltungen über Inklusion und die Umsetzung von Barrierefreiheit (Werbematerial, Internet, Lokale etc.) in der lesbisch, schwulen und transidenten Szene und Community an und unterstützt bei der Beantragung von Fördermitteln für die Umsetzung von Maßnahmen zur Herstellung von Barrierefreiheit.**
Dabei werden die jeweiligen Selbsthilfeverbände und Vereine beteiligt.
- 7. Die Stadt unterstützt eine Sensibilisierung von Behindertenselbsthilfe und Elternverbänden für das Thema LSBTI* sowie eine Sensibilisierung von LSBTI* Selbsthilfe für das Thema Behinderung.**
- 8. Eine Vertreterin oder ein Vertreter aus dem Kreis der LSBTI* bekommt einen beratenden Sitz im Beirat für Behindertenfragen.**
(ähnlich wie Vertreter_innen der Verbände der Wohlfahrtspflege oder der Steuerungsgruppe der Behindertenhilfe)
- 9. LSBTI* Belange werden als Querschnittsthema in die Arbeit der Zentralen Beratungsstelle für Senior_innen und Menschen mit Behinderungen integriert. Die Mitarbeiter_innen werden für Themen des queeren Lebenszusammenhangs sensibilisiert.**

Handlungsfeld „Psychosoziale Beratung“

Aufgrund der nach wie vor verbreiteten Homo- und Trans* Feindlichkeit in weiten Teilen der Bevölkerung sind LSBTI* besonderen psychosozialen Belastungen ausgesetzt. Die zusätzlichen Belastungen – auch Minoritätenstress genannt – ergeben sich durch befürchtete und tatsächliche Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen im alltäglichen Leben. Hinzu kommen weitere Stressoren, z. B. eine höhere HIV-Infektionsrate bei schwulen und bisexuellen Männern oder eine geringere familiäre Unterstützung.

Der Zwang zur dauerhaften Anpassung an heterosexuelle Normalitätsvorstellungen verursacht Verunsicherungen und Ängste und zwingt in vielen Lebenssituationen zur Verleugnung des eigenen Begehrens und der eigenen psychosexuellen Identität sowie zum Führen eines Doppellebens. Die Entwicklung eines positiven Selbstbewusstseins und Selbstwertgefühls wird dadurch erschwert. Einsamkeit und Isolation erleben Lesben, Schwule und Trans* nicht nur im Coming Out.

Plöderls Studie „Sexuelle Orientierung, Suizidalität und psychische Gesundheit“ (2011 [https:// www.aerzteblatt.de/archiv/55224/suizidalitaet-bei-homosexuellen-gezielte-praevention-gefordert](https://www.aerzteblatt.de/archiv/55224/suizidalitaet-bei-homosexuellen-gezielte-praevention-gefordert)) und einige andere Studien stellen fest, dass Suizidalität unter homo- und bisexuellen Menschen erhöht ist. Einer Studie der amerikanischen Columbia University zufolge gibt es 20 Prozent mehr Selbstmordversuche unter schwul-lesbischen Jugendlichen in einer „Umwelt ohne Unterstützung“. Die Suizidalität unter transgeschlechtlichen Menschen ist noch weit höher. Außerdem weist eine Studie der University of Central Lancashire in Zusammenarbeit mit der Lesbian & Gay Foundation aus dem Jahr 2012 auf eine größere Suchtgefährdung bei Lesben, Schwulen und Trans* hin.

Ein weiteres Problem sind Gewalterfahrungen durch körperliche Angriffe und Bedrohungen. Jede vierte lesbische Frau und fast die Hälfte der jungen schwulen und bisexuellen Schüler zwischen 18 und 25 Jahren hat bereits Gewalterfahrungen gemacht (Maneo-Umfrage 2006/2007). Transgender und transgeschlechtliche Menschen erleben darüber hinaus häufig Gewalt in der Familie und in Partnerschaften.

In lesbischen Beziehungen ist die Erfüllung des Kinderwunsches, anders als bei heterosexuellen Paaren, mit Fragen und Entscheidungen im Vorfeld verbunden. Dies kann Ängste und Unsicherheiten auslösen und zu einer psychischen Belastung werden (leibliche Mutterschaft, Inseminationsmethoden, rechtlicher Rahmen).

Ebenfalls starke psychische Belastungen können bei älteren Frauen entstehen, die ihr Leben lang ihre sexuelle Orientierung unterdrückt haben. Das Coming Out ist für sie häufig belastender, weil die Gefahr besteht, dass sie den Kontakt zu ihrer Familie und ihren Kindern verlieren. Die Folgen sind nicht selten Einsamkeit, Ängste, Depressionen.

Maßnahmen im Handlungsfeld „Psychosoziale Beratung“

- 1. Die Träger spezifischer Beratungsangebote für Lesben, Schwule und Trans* erhalten die Möglichkeit diese Angebote nachträglich in die Leistungsbeschreibungen im Rahmen ihrer Leistungsverträge aufzunehmen.**

In Bielefeld gibt es keine spezialisierte Einrichtung für die psychosoziale Beratung für Lesben, Schwule und Trans*. Die Psychologische Frauenberatung, das Mädchenhaus (mosaik), der Mädchentreff, Pro Familia, das Frauenkulturzentrum, die Falken (begin) und die Aidshilfe halten jedoch spezifische Beratungsangebote für Lesben, Schwule und Trans* mit unterschiedlichen Schwerpunkten vor.

- 2. Im Frauenkulturzentrum wird ein professionelles Beratungsangebot für Lesben und trans* Frauen (10 Wochenstunden) etabliert und finanziert.**

(siehe auch Handlungsfeld „Geflüchtete“)

Das Frauenkulturzentrum bietet ein diskriminierungsarmes Umfeld und einen Schutzraum, in dem sich lesbische und trans* Frauen treffen, niedrigschwellig Kontakt aufnehmen und beraten werden bzw. an andere Beratungsangebote vermittelt werden können. Das Frauenkulturzentrum hat zurzeit eine halbe kommunal geförderte Stelle für die Beratung und Begleitung von Migrantinnen mit und ohne Gewalterfahrung. Die Beratung und die Treffpunktangebote für Lesben und trans* Frauen wurden bisher ehrenamtlich geleistet. Inzwischen ist die Nachfrage nach Beratung und Begleitung im Coming Out, Coming Out-Gruppen für ältere Frauen, Beratung zum Thema Kinderwunsch, Angebote für Lesben und Kinder, Kontakt- und Treffmöglichkeiten und andere lesbenspezifische Angebote so groß, dass sie ehrenamtlich nicht mehr zu bewältigen ist. Darüber hinaus fragen immer mehr trans* Frauen nach psychosozialer Beratung und Freizeitangeboten. Diese wachsende Nachfrage erfordert eine zumindest teilweise Professionalisierung des Angebotes.

Kosten pro Jahr: 15.000 Euro

- 3. Die Stadt organisiert in Kooperation mit dem „Netzwerk lesbischer und schwuler Gruppen in Bielefeld e. V.“ Fort- und Weiterbildungsangebote zu queeren Lebensweisen für die Mitarbeiter_innen aller Beratungsstellen. Außerdem wird eine Fachtagung zu diesen Themen angeboten.**

Handlungsfeld „Gesundheit“

Bis 1992 galt Homosexualität nach der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als Krankheit. Transsexualität wird noch immer im Diagnoseschlüssel der WHO als „Störung der Geschlechtsidentität“ bezeichnet. Diskriminierung und damit verbundener Minoritätenstress verursachen gesundheitliche Chancenungleichheit. Gesundheit wird maßgeblich vom Grad der gesellschaftlichen Integration und vom Vorhandensein sozialer Netzwerke beeinflusst. Ausgrenzung macht krank.

In einer europaweiten Studie gab jede_r zehnte Befragte, der/die im Jahr vor der Erhebung Gesundheitsdienste in Anspruch genommen hatte, an, sich in diesem Zeitraum durch Personal im Gesundheitswesen persönlich diskriminiert gefühlt zu haben. Unter trans* Personen war dieser Anteil doppelt so hoch. (<http://fra.europa.eu/de/publication/2014/lgbt-erhebung-der-eu-erhebung-unter-lesben-schwulen-bisexuellen-und-transgender>).

Die Formen der Diskriminierung und die Bedarfe von Lesben, Schwulen und Trans* im Bereich Gesundheit sind zum Teil unterschiedlich.

Schwule und bisexuelle Männer sind nach wie vor die größte von HIV und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten betroffene Gruppe. Etwa 75% der HIV-Infizierten und an Aids Erkrankten sind schwule oder bisexuelle Männer. Sie sind doppelt stigmatisiert: aufgrund ihrer Homosexualität und ihrer HIV-Infektion. Laut Robert-Koch-institut (RKI) fanden 68% der geschätzten 3.200 HIV-Neuinfektionen und 87% der 6.834 registrierten Syphilis-Infektionen im Jahr 2015 bei schwulen und bisexuellen Männern statt. Sie sind auch von anderen sexuell übertragbaren Infektionen wie Hepatitis B und Gonokokken (Tripper) besonders stark betroffen. Die Weiterentwicklung von szenenahen, niedrigschwelligen Beratungs- und Testangeboten für die Zielgruppe ist deshalb besonders wichtig.

Die gesundheitliche Situation von lesbischen und bisexuellen Frauen ist im Vergleich zu der von schwulen Männern wesentlich weniger im Fokus der Aufmerksamkeit. Ein Grund dafür kann sein, dass lesbische Frauen weniger sichtbar sind. Viele lesbische und bisexuelle Frauen verschweigen, verstecken oder verleugnen ihre Lebensweise – sogar im Kontakt mit Vertreter_innen des Gesundheitssystems. Dies kann zu einer erheblichen Belastung der Beziehung zwischen Patient_in und Ärzt_in bis hin zu inadäquaten Behandlungs- und Therapieempfehlungen führen.

Insbesondere für lesbisch lebende Frauen werden die Erfüllung des Kinderwunsches und das Leben mit Kindern immer selbstverständlicher. Der Weg zu einer Schwangerschaft ist für jedoch oft kompliziert und teuer, da trotz einiger rechtlicher Verbesserungen weiterhin hohe rechtliche und praktische Hürden bestehen, insbesondere bezüglich der Insemination.

Trans* Menschen berichten häufig von diskriminierenden Erfahrungen. Als schwierige Phase wird in der Regel die Transition (der gesellschaftliche Übergang von einem juristischen Geschlecht in das andere) erlebt. Zur Transition gehören in der Regel sowohl juristische als auch medizinische Maßnahmen (Hormontherapie, geschlechtsangleichende Operationen). Durch die häufig sehr lange Dauer der Transition kann es zu gra-

vierenden psychischen Belastungen kommen. Vor allem der vorgeschriebene sogenannte Alltagsstest, der Voraussetzung für einen Wechsel des Geschlechts ist, ist kann eine enorme Belastung darstellen.

Die Auswirkungen von Stigmatisierung und Diskriminierung auf die psychische Gesundheit von Lesben, Schwulen und Trans* sind bereits im Handlungsfeld „Psychosoziale Beratung“ dargestellt und in den dort benannten Maßnahmen berücksichtigt worden.

Maßnahmen im Handlungsfeld „Gesundheit“

- 1. Die Verwaltung bringt Themen des queeren Lebenszusammenhanges in die Kommunale Gesundheitskonferenz ein.**
- 2. Die Stadt organisiert eine Arbeitsgruppe, die eine Aufklärungs- und Testkampagne zu HIV und Syphilis sowie einer Impfkampagne zu Hepatitis A und B für die Zielgruppe schwule und bisexuelle Männer entwickelt und umsetzt.**
Die Kampagne wird evaluiert, damit dokumentiert werden kann, inwiefern sie wirksam ist. Das Konzept wird in Form einer Handlungsempfehlung der Kommunalen Gesundheitskonferenz vorgestellt. Finanzierungsfragen werden mit den gesetzlichen Krankenkassen und Pharmafirmen geklärt.
- 3. Die Stadt bietet Fortbildungen und Informationsveranstaltungen zum Thema „Queerer Lebenszusammenhang“ für Multiplikator_innen, Ärzt_innen medizinisches Personal und Interessierte an.**
- 4. Die Stadt unterstützt im Rahmen ihrer Möglichkeiten Angebote zur Sensibilisierung von Mitarbeiter_innen im Gesundheitswesen zum Thema Trans* um Vorurteile und Diskriminierung abzubauen.**
- 5. Die Stadt unterstützt Selbsthilfegruppen für trans* Menschen.**
Selbsthilfegruppen sind für viele transidente Menschen eine wichtige und unverzichtbare Hilfe.
- 6. Die Stadt setzt sich dafür ein, das Thema „Gesundheit von queeren Frauen“ in das Netzwerk „Frauen, Mädchen und Gesundheit“ zu integrieren, und das Thema „Gesundheit von Queeren Männern“ in den Arbeitskreis „Männergesundheit“.**
- 7. Gemeinsam mit Akteuren des Gesundheitswesens werden Veranstaltungen zum Thema „LSBTI* Menschen mit Kinderwunsch“ angeboten.**

Handlungsfeld „Geflüchtete“

Am 1.1.2017 lebten 7.195 Personen im Asylverfahren, mit Duldung oder einer Aufenthaltsgenehmigung aus humanitären Gründen in Bielefeld. Rund 30% der Geflüchteten sind zwischen 15 und 25 Jahre alt. Es kann davon ausgegangen werden, dass 5 – 10% der Bevölkerung lesbisch, schwul oder trans* sind. Das bedeutet, dass rund 350 – 700 queere, häufig junge Geflüchtete in Bielefeld leben.

Queere Geflüchtete brauchen spezifische Beratungs- und Selbsthilfeangebote. Denn Geflüchtete mit LSBTI*-Hintergrund sind in vielen Fällen besonders schutz- und unterstützungsbedürftig. Überwiegend fliehen sie aus Staaten, in denen ihnen Zwangsverheiratung, Gefängnisstrafen, Folter oder gar die Todesstrafe drohen. Viele LSBTI*-Geflüchtete verbergen deshalb ihre sexuelle oder geschlechtliche Identität, häufig vor ihren engsten Familienangehörigen.

Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen befinden sich in einer Phase der sexuellen und geschlechtlichen Identitätsfindung, die sie in einem fremden Land und einer fremden Kultur durchleben. In unserer Gesellschaft gelten teilweise andere Werte und Normen, so dass die Jugendlichen Orientierungshilfe und Ansprechpartner_innen benötigen. Homo- und Transphobie ist in vielen Ländern stark verbreitet. In vielen Ländern gibt es ausschließlich abwertende Bezeichnungen für LSBTI*. Es ist deshalb wichtig, im Rahmen sexualpädagogischer Aufklärung geschlechtsspezifisch die Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt zu fördern.

Auch in Deutschland sind queere Geflüchtete – wenn ihre sexuelle oder geschlechtliche Identität bekannt wird – häufig Anfeindungen, Diskriminierungen oder gar physischen Übergriffen ausgesetzt. Sie gehören zu einer vulnerablen und damit besonders schutzbedürftigen sozialen Gruppe. Weitere Probleme können entstehen, wenn sie sich vor Dolmetscher_innen oder Sprachmittler_innen aus ihren Herkunftsländern offenbaren müssen und/oder diese bei Konflikten vermitteln sollen. Dolmetscher_innen, die nicht homo- oder transphob sind und den Geflüchteten vorurteilsfrei begegnen, sind unverzichtbar – gerade im Asylverfahren und in der Beratung.

Aufgrund ihrer persönlichen Erfahrungen trauen sich viele Geflüchtete aus Angst oder Scham nicht über ihre sexuelle oder geschlechtliche Identität zu sprechen. Besonders lesbische Geflüchtete sehen sich einer Mehrfachdiskriminierung, als Frau, Lesbe und Geflüchtete ausgesetzt. Deshalb leben sie meist im Verborgenen, oft auch in heterosexuellen Beziehungen mit Ehemännern und Kindern. Auch die Angst vor einer Ablehnung ihres Asylantrags und in der Folge die eventuelle Abschiebung in das Herkunftsland führt zur Verheimlichung der eigentlichen sexuellen Identität.

Maßnahmen im Handlungsfeld „Geflüchtete“

- 1. Das Projekt „Kultursensible sexualpädagogische Fortbildung für junge Geflüchtete“ zum Abbau von Diskriminierung und zur Sensibilisierung von Geflüchteten zu queeren Lebensformen wird erhalten.**

Die Maßnahmen wird getragen von Aidshilfe, Pro Familia, SCHLAU und AWO. Es handelt sich um ein Zusatzangebot der Träger, das ohne zusätzliche Finanzierung nicht aufrechterhalten werden kann. Zurzeit ist die Maßnahme aus Projektmitteln der Stadt Bielefeld finanziert. Eine Verlängerung der Finanzierung ist längstens bis Ende 2017 möglich. Das Projekt soll durch einen Zuschuss für die nächsten beiden Jahre (2018, 2019) abgesichert werden, danach wird der Bedarf erneut geprüft.

Kosten pro Jahr: 7.500 Euro

- 2. Zur Prävention sexualisierter Gewalt und zur sozialpädagogischen Aufklärung werden Mädchenspezifische Kurse zur sexuellen Identität und Wertevermittlung angeboten.**

Kosten pro Jahr: 7.500 Euro

- 3. In die Regelangebote zur Fortbildung von ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter_innen in der Hilfe für Geflüchtete wird ein Baustein „Queere Lebensformen“ integriert.**

Träger: Aidshilfe, Pro Familia, SCHLAU, AWO. Die Maßnahme wurde bisher als eigenständige Fortbildungsmaßnahme durchgeführt und soll nach Möglichkeit wieder aus „Komm an“-Mitteln finanziert werden.

- 4. Die Stadt setzt sich dafür ein, dass das Projekt „Queer Refugee Support“ (Beratungsangebot und angeleitete Selbsthilfegruppe) für queere Geflüchtete weitergeführt und gefördert wird.**

Die Maßnahme wird durch Projektmittel des Landes NRW gefördert und durchgeführt von Aidshilfe, Frauenkulturzentrum, AK Asyl. Angeboten werden gemischtgeschlechtliche Selbsthilfegruppen für schwule und lesbische und trans* Geflüchtete sowie Beratung und Unterstützung beim Coming Out, bei der Beantragung von Asyl, bei Konflikten mit der Familie.

- 5. Die Stadt entwickelt gemeinsam mit dem Netzwerk lesbischer und schwuler Gruppen in Bielefeld e. V. Standards zur sicheren Unterbringung von LSBTI*.**

Ziel ist eine Sensibilisierung der Beschäftigten in den Einrichtungen und die Schaffung einer akzeptierenden Atmosphäre.

- 6. Das Treffpunkt- und Beratungsangebot des Frauenkulturzentrums wird ausgebaut.**

Aufgrund ihrer spezifischen Problemlagen brauchen geflüchtete lesbische und trans* Frauen und Mädchen geschützte Treffpunkte und spezifische Beratung.

(siehe auch Handlungsfeld „Psychosoziale Beratung“)

Handlungsfeld „Migration“

„Von Migration spricht man, wenn eine Person ihren Lebensmittelpunkt räumlich verlegt. Von internationaler Migration spricht man dann, wenn dies über Staatsgrenzen hinweg geschieht.“ „Eine Person hat dann einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren ist.“ (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge)

In Bielefeld leben knapp 120.000 Menschen mit Migrationshintergrund, das sind 36% der Bielefelder Bevölkerung. Bei einem Anteil von 5 bis 10% schwuler, lesbischer und trans* Menschen ist davon auszugehen, dass im Bielefeld ca. 6.000 bis 12.000 LSBTI* mit Migrationshintergrund leben.

Menschen mit Migrationshintergrund sind eine sehr heterogene Gruppe: Sie kommen aus unterschiedlichen Ländern und sind unterschiedlich lange hier. Ihr Bildungsstand, ihre Sprachkenntnisse, ihre Ausgrenzungs- oder Rassismus-Erfahrungen, ihre Teilhabe an der Gesellschaft sind vielfältig. Deshalb kann es auch kein einheitliches Bild zu Migration und Gleichstellung von LSBTI* geben.

Ein Teil der Menschen mit Migrationshintergrund hat Wurzeln in Ländern, in denen Homosexualität gesellschaftlich nicht akzeptiert, verboten und strafrechtlich verfolgt wird, bis hin zur Todesstrafe. Dies kann den innerfamiliären Umgang prägen, ein Coming Out erschweren und das Selbstbild als LSBTI* beeinflussen. Homo- und Transphobie sind auch in Teilen der Migrant_innen- Communities verbreitet. Dies kann zur Verheimlichung der sexuellen und geschlechtlichen Identität, zu gesundheitlichen und psychosozialen Belastungen und sogar dazu führen, Opfer von physischer oder psychischer Gewalt zu werden.

Nach einer Studie von Les MigraS, der Lesbenberatung Berlin e. V., (http://www.lesmigras.de/tl_files/lesmigras/kampagne/studie_zusammenfassung_lesmigras.pdf) berichten insbesondere Menschen, die aufgrund multipler Zugehörigkeiten zu besonders verletzlichen sozialen Gruppen zählen, nach wie vor von massiven Alltagsdiskriminierungen. Diese Erfahrungen werden am Arbeitsplatz, in der Schule, auf Ämtern und Behörden gesammelt. Auch verringert sich die Chance, von der Polizei geschützt zu werden und es wird berichtet, vom medizinischen Fachpersonal respektlos behandelt worden zu sein. Bei einer solchen Mehrfachdiskriminierung lässt sich oft nicht unterscheiden, ob die Diskriminierung aufgrund von Herkunft, sexueller Orientierung, Geschlecht oder aus anderen Gründen geschieht.

Maßnahmen im Handlungsfeld „Migration“

- 1. Die Berichterstattung und die Projekte und Initiativen der Stadt zu Migration werden um den Aspekt LSBTI* erweitert.**
- 2. Die Stadt wirkt auf eine Sensibilisierung und Qualifizierung von Trägern, Behörden und Institutionen für die Thematik der Mehrfachdiskriminierung hin.**
- 3. Die Stadt bringt das Thema LSBTI* in ihre bestehenden Netzwerke (Schule ohne Rassismus, Migrant_innenorganisationen, Bielefelder Netzwerk rassismuskritische Arbeit u. a.) ein.**
- 4. Der Aufgabenkatalog der städtischen Antidiskriminierungsstelle zu Migration und Rassismus wird um die Beratung und die Bearbeitung von Beschwerden von LSBTI* erweitert.**
- 5. Die Stadt nimmt Kontakt zu Beratungsstellen für Migrant_innen auf, mit dem Ziel, ein Beratungsangebot für LSBTI* mit Migrationshintergrund im Rahmen der bestehenden Strukturen zu etablieren.**
- 6. Selbsthilfeansätze von LSBTI* mit Migrationsgeschichte werden unterstützt und verstärkt.**
- 7. Die Verwaltung bringt Themen des queeren Lebenszusammenhanges in den Integrationsrat ein.**

Handlungsfeld „Kultur und Geschichte“

Ein wichtiges Ziel des Aktionsplans „Gleichstellung von LSBTI* in Bielefeld“ ist es, die öffentliche Wahrnehmung von LSBTI* in allen gesellschaftlichen Bereichen zu erhöhen, die Akzeptanz von vielfältigen geschlechtlichen Identitäten zu verbessern und deren Gleichstellung als Anliegen zu vertreten.

Kulturelle Einrichtungen und Veranstaltungen können dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Sie sind in besonderer Weise geeignet, die Auseinandersetzung um die Vielfalt sexueller und geschlechtlicher Identitäten differenziert zu führen. Ausstellungen, Lesungen, Filmreihen Theaterstücke und andere kulturelle Veranstaltungen wie z. B. der Christopher Street Day bieten die Möglichkeit, lesbische, schwule und trans* Lebenswelten und Biographien aus unterschiedlichen Perspektiven zu beleuchten.

Die Geschichte schwuler, lesbischer und trans* Menschen in Deutschland ist immer auch eine Geschichte der Verfolgung und Unterdrückung, aber auch der Selbstbehauptung und der Emanzipation. Sie ist auch in Bielefeld immer noch unzureichend erforscht und dokumentiert.

Maßnahmen:

- 1. Die Stadtbibliothek bietet an ihren neun Standorten im Bielefelder Stadtgebiet ein wahrnehmbares, relevantes und repräsentatives Angebot an Büchern, Zeitschriften und anderen Medien aus den Bereichen der Sachliteratur, der Belletristik, der Musik und des Films an.**
- 2. Die Stadtbibliothek integriert das Thema LSBTI* in ihre Programm- und Vermittlungsarbeit, richtet Ausstellungen aus und behandelt das Thema in Lesungen und in der Jugendliteraturvermittlung („Leseproben“).**
- 3. Die Volkshochschule nimmt queere Themen in das Programm für Kurse und Diskussionsveranstaltungen auf.**
- 4. Die Stadt bietet im Rahmen ihrer Möglichkeiten LSBTI* Themen und Künstler_innen eine Bühne.**
- 5. Das Kulturamt unterstützt Projekte von LSBTI* im Rahmen der Projektförderung.**
- 6. Die Rubrik „Schwul, lesbisch, trans* in Bielefeld“ auf der Homepage der Stadt Bielefeld wird aktualisiert und um Veranstaltungshinweise erweitert.**
- 7. Stadtarchiv und Historisches Museum entwickeln in Kooperation mit dem Netzwerk lesbischer und schwuler Gruppen in Bielefeld e. V. ein Projekt zur Sicherung und Dokumentation der Erinnerungen und der Geschichte von Lesben, Schwulen und Trans* in Bielefeld.**
- 8. Das Stadtarchiv stellt eine Liste von LSBTI* Persönlichkeiten zusammen, nach denen Straßen, Plätze oder Gebäude benannt werden können.**

- 9. Die Stadt unterstützt das Netzwerk lesbischer und schwuler Gruppen in Bielefeld e. V. bei der Durchführung von Veranstaltungen an LSBTI* Gedenktagen.**
(z. B. Christopher Street Day oder Internationaler Tag gegen Homophobie und Transphobie)
- 10. Die Stadt entwickelt in Kooperation mit dem Netzwerk lesbischer und schwuler Gruppen in Bielefeld e. V. einen Stadtrundgang „Queer in Bielefeld“.**
- 11. Die Stadt unterstützt und fördert den Austausch von Bielefelder LSBTI* Menschen mit den Communities in den Partnerstädten.**

Handlungsfeld „Stadtverwaltung – Arbeitgeberin Stadt Bielefeld“

Homosexualität ist nach wie vor ein Tabu-Thema in vielen Unternehmen. Viele Berufstätige trauen sich nicht, mit ihrer Homosexualität am Arbeitsplatz offen umzugehen. Laut einer Umfrage des Psychologischen Instituts Köln (Frohn 2007) verschweigt jeder zehnte Homosexuelle (10,1%) am Arbeitsplatz, dass er schwul oder lesbisch ist. Die Mehrheit (41,8%) redet nur mit einigen wenigen Kolleg_innen darüber. Für die Studie wurden 2006 rund 2.700 Homosexuelle befragt. Jeder fünfte Befragte einer EU-Studie (FRA-Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, 2013) erlebte am Arbeitsplatz oder schon bei der Suche nach einem Job Diskriminierung. „Mein Verhalten in der Arbeit beinhaltet einiges an Selbstzensur und zurückhaltendes Auftreten“, zitiert der Bericht einen 31-jährigen schwulen Mann aus Deutschland.

Angst vor Diskriminierung oder die Sorge, den Kolleg_innen eine Angriffsfläche zu bieten, die Gründe, warum Homosexuelle ihre sexuelle Identität im Job verschweigen, sind vielfältig. Dabei fallen die Reaktionen nach einem Outing häufig weniger schlimm aus als erwartet. Das bestätigt auch die Studie: Von denen, die sich outeten, sagten 92%, dass die Kolleg_innen überwiegend positiv reagierten. Über die vorgesetzten sagten das immerhin 85%.

Viele lesbische, schwule und trans* Menschen erleben allerdings eine andere Realität: in kleineren Unternehmen, in männlich dominierten Branchen oder in technischen Betrieben gibt es sie noch, die Vorurteile, süffisanten Witze, abfälligen Bemerkungen, Ausgrenzung, Mobbing.

Die Stadt Bielefeld hat im Jahr 2009 die Charta der Vielfalt unterzeichnet, deren Zielsetzungen die Anerkennung, Wertschätzung und Einbeziehung von Vielfalt in die Unternehmenskultur sind. Die Unterschiedlichkeit der Menschen wird als Ressource für das Unternehmen gesehen. Unter den Kriterien der Charta erfährt das Kriterium „Sexuelle Identität“ bisher allerdings eine eher geringe Aufmerksamkeit.

Maßnahmen im Handlungsfeld „Arbeitswelt, Arbeitgeberin Stadt Bielefeld“

- 1. Die Arbeitgeberin Stadt Bielefeld setzt die Charta der Vielfalt vollständig um und sorgt dafür, dass alle Beschäftigten unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft, Religion, Behinderung und sexueller Identität diskriminierungsfrei in einem respektvollen Umfeld arbeiten können.**
Dazu werden die Regelungen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) und der Charta in der Verwaltung kommuniziert. Geeignete Mittel dazu sind u. a. Plakate, Besprechungen, Anhang an die Gehaltsabrechnung.
- 2. In der Stadtverwaltung wird eine Koordinierungsstelle (1/2 Stelle) eingerichtet, die gemeinsam mit den zuständigen Stellen der Verwaltung an der Umsetzung des Aktionsplanes arbeitet und darüber hinaus durch eigene Projekte und Initiativen für eine Verbesserung der Gleichstellung von LSBTI* Menschen in Bielefeld sorgt. Lesben, Schwule und Trans* können sich an diese Stelle wenden, wenn sie von Diskriminierung betroffen sind.**
Kosten pro Jahr: 30.000 Euro
- 3. Auf Wunsch werden Netzwerke von lesbischen, schwulen oder trans* Mitarbeitenden unterstützt.**
- 4. Den städtischen Führungskräften, der städtischen Sozialberatung und dem Personalrat werden Schulungen zur Umsetzung des AGG und der Charta sowie zur Gleichstellung von LSBTI* angeboten.**
- 5. Die Stadt vertritt ihre respektvolle Haltung gegenüber LSBTI* Mitarbeitenden offensiv in der Öffentlichkeit, indem sie sich mit einem eigenen Wagen am CSD beteiligt.**
- 6. Die Stadtverwaltung tritt trans* Menschen diskriminierungsfrei gegenüber und unterstützt im Rahmen ihrer Möglichkeiten beim Wechsel von Vornamen und den daraus resultierenden Umschreibungen von Ausweisen, Zeugnissen und anderen Papieren.**

Anhang

Maßnahmen, die zusätzliche Kosten verursachen

| | |
|---|--|
| <p>Das Aufklärungsprojekt für Schulklassen und Jugendgruppen „SCHLAU Bielefeld“ wird mit 0,5 Personalstelle und Sachkosten für die Koordination der Workshops und des ehrenamtlichen Teams gefördert.</p> <p>„SCHLAU Bielefeld“ gehört zu den größten und erfolgreichsten SCHLAU – Projekten in Nordrhein-Westfalen. Die Gruppe arbeitet bisher ausschließlich ehrenamtlich. Die inhaltliche Arbeit von SCHLAU und die dafür notwendigen Netzwerke und langfristigen Kooperationen sind nur aufrecht zu erhalten, wenn das Projekt, wie in anderen Städten in NRW, durch die Einrichtung einer halben Personalstelle professionalisiert werden kann.</p> | <p>30.000 Euro Personal 3.000 Euro Infomaterial</p> |
| <p>Die Verwaltung unterstützt die Projekte „begin“, „mosaik“ und „SCHLAU“ bei der Durchführung von Empowerment-Workshops für queere Jugendliche als potentielle Opfer von Diskriminierung durch die Bereitstellung von Räumen, bei der Werbung und durch die Übernahme der Sachkosten.</p> <p>Zielgruppen dieser Workshops sind u. a. Jugendliche im Coming Out und Kinder von LSBTI* - Eltern.</p> | <p>5.000 Euro</p> |
| <p>Im Frauenkulturzentrum wird ein professionelles Beratungsangebot für Lesben und trans* Frauen (10 Wochenstunden) etabliert und finanziert.</p> <p>Das Frauenkulturzentrum bietet ein diskriminierungsarmes Umfeld und einen Schutzraum, in dem sich lesbische und trans* Frauen treffen, niedrigschwellig Kontakt aufnehmen und beraten werden bzw. an andere Beratungsangebote vermittelt werden können. Das Frauenkulturzentrum hat zurzeit eine halbe kommunal geförderte Stelle für die Beratung und Begleitung von Migrantinnen mit und ohne Gewalterfahrung. Die Beratung und die Treffpunktangebote für Lesben und trans* Frauen wurden bisher ehrenamtlich geleistet. Inzwischen ist die Nachfrage nach Beratung und Begleitung im Coming Out, Coming Out-Gruppen für ältere Frauen, Beratung zum Thema Kinderwunsch, Angebote für Lesben und Kinder, Kontakt- und Treffmöglichkeiten und andere lebensspezifische Angebote so groß, dass sie ehrenamtlich nicht mehr zu bewältigen ist. Darüber hinaus fragen immer mehr trans* Frauen nach psychosozialer Beratung und Freizeitangeboten. Diese</p> | <p>15.000 Euro</p> |

| | |
|--|--------------------|
| wachsende Nachfrage erfordert eine zumindest teilweise Professionalisierung des Angebotes. | |
| <p>Das Projekt "Kultursensible sexualpädagogische Fortbildung für junge Geflüchtete" zum Abbau von Diskriminierung und zur Sensibilisierung von Geflüchteten zu queeren Lebensformen wird erhalten.</p> <p>Die Maßnahmen wird getragen von Aidshilfe, Pro Familia, SCHLAU und AWO. Es handelt sich um ein Zusatzangebot der Träger, das ohne zusätzliche Finanzierung nicht aufrechterhalten werden kann. Zurzeit ist die Maßnahme aus Projektmitteln der Stadt Bielefeld finanziert. Eine Verlängerung der Finanzierung ist längstens bis Ende 2017 möglich. Das Projekt soll durch einen Zuschuss für die nächsten beiden Jahre (2018, 2019) abgesichert werden, danach wird der Bedarf erneut geprüft.</p> | 7.500 Euro |
| <p>Zur Prävention sexualisierter Gewalt und zur sozialpädagogischen Aufklärung werden mädchen-spezifische Kurse zur sexuellen Identität und Wertevermittlung angeboten.</p> | 7.500 Euro |
| <p>In der Stadtverwaltung wird eine Koordinierungsstelle (1/2 Stelle) eingerichtet, die gemeinsam mit den zuständigen Stellen der Verwaltung an der Umsetzung des Aktionsplanes arbeitet und darüber hinaus durch eigene Projekte und Initiativen für eine Verbesserung der Gleichstellung von LSBTI* Menschen in Bielefeld sorgt. Lesben, Schwule und Trans* können sich an diese Stelle wenden, wenn sie von Diskriminierung betroffen sind.</p> | 30.000 Euro |
| Summe | 98.000 Euro |

Begriffserläuterung LSBTI*:

(Quelle: Landesarbeitsgemeinschaft Lesben in NRW, gefördert durch das Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen, November 2015)

LSBTI*

Diese Buchstabenkombination steht für: Lesbisch, schwul, bisexuell, trans* und inter*. Sie soll alle geschlechtlichen und nicht heterosexuellen Identitäten abbilden.

Lesbisch

Namensgeberin der lesbischen Liebe ist die Insel Lesbos. Hier lebte die griechische Dichterin Sappho im 6. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung und beschrieb in ihren Gedichten die Liebe zwischen Frauen.

Schwul

Ein schwuler Mann ist gleichgeschlechtlich orientiert. Er liebt und begehrt Männer

Bisexuell

Bisexuelle Menschen (nach der lateinischen Vorsilbe bi = 2) fühlen sich sexuell und/oder emotional zu Frauen und Männern hingezogen.

Transgender

Als Transgender werden Menschen bezeichnet, deren Geschlechtsempfinden oder deren soziales Geschlecht (engl. gender) ein anderes ist als ihr biologisches Geschlecht.

Trans*

Das Sternchen ist ein Platzhalter für alle Begriffe, die an die Vorsilbe „trans-“, (lateinisch = hinüber, hindurch, auf die andere Seite) angehängt werden können, um die verschiedenen geschlechtlichen Identitäten zu beschreiben: Transsexualität, Transgender, Transmann, Transfrau und viele weitere.

Intersexuell

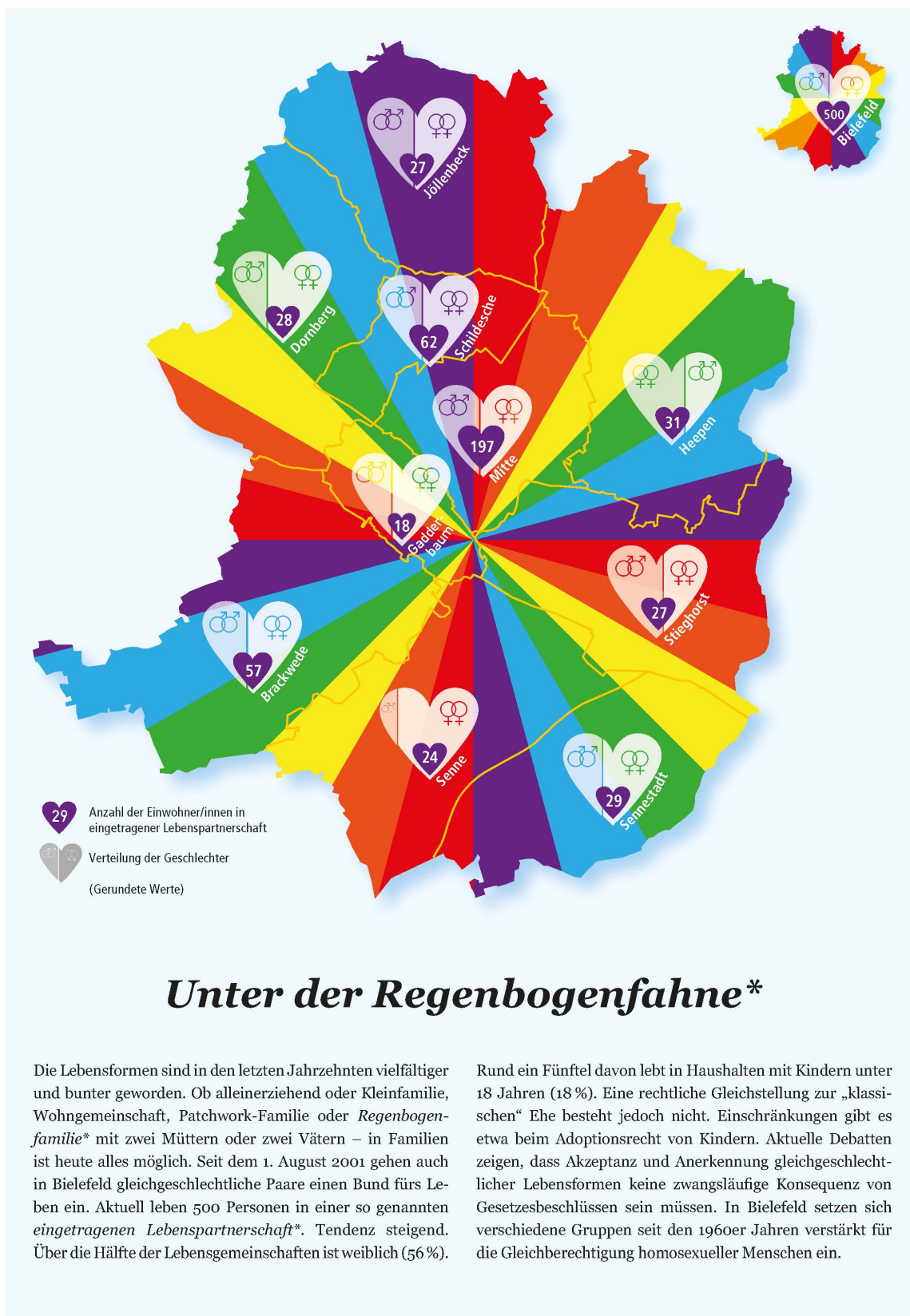
Inter* bezeichnet Menschen, deren angeborene genetische, hormonelle oder körperliche Merkmale weder ausschließlich „männlich“ noch ausschließlich „weiblich“ sind.

-

Öffnet die Abkürzung für weitere Orientierungen und Identitäten.

Queer

Ist ein offener Begriff, der alle einschließt, die mit ihrem Aussehen und/oder Verhalten nicht den gängigen Rollenbildern entsprechen.



Unter der Regenbogenfahne*

Die Lebensformen sind in den letzten Jahrzehnten vielfältiger und bunter geworden. Ob alleinerziehend oder Kleinfamilie, Wohngemeinschaft, Patchwork-Familie oder *Regenbogenfamilie** mit zwei Müttern oder zwei Vätern – in Familien ist heute alles möglich. Seit dem 1. August 2001 gehen auch in Bielefeld gleichgeschlechtliche Paare einen Bund fürs Leben ein. Aktuell leben 500 Personen in einer so genannten *eingetragenen Lebenspartnerschaft**. Tendenz steigend. Über die Hälfte der Lebensgemeinschaften ist weiblich (56%).

Rund ein Fünftel davon lebt in Haushalten mit Kindern unter 18 Jahren (18%). Eine rechtliche Gleichstellung zur „klassischen“ Ehe besteht jedoch nicht. Einschränkungen gibt es etwa beim Adoptionsrecht von Kindern. Aktuelle Debatten zeigen, dass Akzeptanz und Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebensformen keine zwangsläufige Konsequenz von Gesetzesbeschlüssen sein müssen. In Bielefeld setzen sich verschiedene Gruppen seit den 1960er Jahren verstärkt für die Gleichberechtigung homosexueller Menschen ein.

Literaturverzeichnis

Amt für Demographie und Statistik Bielefeld (2015):

Unter der Regenbogenfahne. In demographische Entwicklung in Bielefeld. Stadt. Raum. Zahl. Demographiebericht 2014. Hrsg. Stadt Bielefeld, Heft 10, Bielefeld.

https://www.bielefeld.de/ftp/dokumente/Demographiebericht_2014.pdf (10.05.2017).

Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2017):

Einstellungen gegenüber Lesben, Schwulen und Bisexuellen in Deutschland - Ergebnisse einer bevölkerungsrepräsentativen Umfrage.

http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/UmfrageaUmf/Handout_Themenjahrumfrage_2017.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (03.05.2017).

Buffin, J., Alastair, R., Williams, H., Winter, A. (2012):

Part of the Picture: Lesbian, gay and bisexual people's alcohol and drug use in England (2009-2011). Part of the Picture; The National LGB Drug and Alcohol Database. Lesbian and Gay Foundation and the University of Central Lancashire, Manchester.

<http://lgbt.foundation/policy-research/part-of-the-picture/> (15.05.2017).

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2017):

Migrationshintergrund – Definition. BAMF, Nürnberg.

https://www.bamf.de/DE/Service/Left/Glossary/_function/glossar.html?lv3=3198544 (03.05.2017).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2016):

Siebter Altenbericht der Bundesregierung. Sorge und Mitverantwortung in der Kommune. Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften, BMFSFJ, Berlin.

Dalia Research Marktforschungsinstitut (2016):

LGBT-Anteil in der Bevölkerung.

<https://daliaresearch.com/counting-the-lgbt-population-6-of-europeans-identify-as-lgbt/> (03.05.2017).

FRA – Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (2013):

LGBT-Erhebung in der EU – Erhebung unter Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen in der Europäischen Union. Ergebnisse auf einen Blick. Wien, 2014.

<http://fra.europa.eu/de/publication/2014/lgbt-erhebung-der-eu-erhebung-unter-lesben-schwulen-bisexuellen-und-transgender> (03.05.2017).

Frohn, D. (2007):

Out im Office?! - Sexuelle Identität, (Anti-) Diskriminierung und Diversity am Arbeitsplatz. Psychologisches Institut, Köln.

https://www.lsvd.de/fileadmin/pics/Dokumente/News/Out-im-Office_Erg.-Zus.-Fass._DF.pdf (03.05.2017).

Hatzenbuehler, M. (2011). The Social Environment and Suicide Attempts in Lesbian, Gay, and Bisexual Youth; Columbia University. In:

Pediatrics, 2011, Ausgabe 5, American Academy of Pediatrics, North Washington.
<https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC3081186/> (03.05.2017).

Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen (2004):
Unter'm Regenbogen – Lesben und Schwule in München. Landeshauptstadt München.
<https://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Direktorium/Koordinierungsstelle-fuer-gleichgeschlechtliche-Lebensweisen/Antidiskriminierung.html> (03.05.2017).

Krell, C., Oldemeier, K., Müller, S. (2015):
Coming-out – und dann...?! Ein DJI-Forschungsprojekt zur Lebenssituation von lesbischen, schwulen, bisexuellen und trans* Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Deutsches Jugendinstitut e.V., München.
http://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2015/DJI_Broschuere_ComingOut.pdf
(03.05.2017).

Küpper, B., Zick, A. (2015):
Homophobie in Nordrhein-Westfalen: Sonderauswertung aus der Studie "Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit". Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.
https://www.mgepa.nrw.de/mediapool/pdf/presse/pressemappen/20121017a_Pressefreiheit/Kernaussagen_der_Studie_Homophobie_in_Nordrhein-Westfalen.pdf
(03.05.2017).

Landesarbeitsgemeinschaft Lesben in NRW e.V. (2015):
Fibel der vielen kleinen Unterschiede. Begriffe zur sexuellen und geschlechtlichen Identität. Kampagne "anders und gleich – Nur Respekt Wirkt", 6. überarbeitete Auflage. Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.
http://www.andersundgleich-nrw.de/images/Fibel_der_vielen_kleinen_Unterschiede.pdf
(10.05.2017).

LesMigraS Antigewalt- und Antidiskriminierungsbereich der Lesbenberatung Berlin e.V. (2012):
Eine quantitative und qualitative Studie zu Gewalt- und (Mehrfach-) Diskriminierungserfahrungen von lesbischen, bisexuellen Frauen und Trans* in Deutschland. LesMigraS, Berlin.
http://www.lesmigras.de/tl_files/lesmigras/kampagne/Studie_Zusammenfassung_LesMigraL.pdf (03.05.2017).

MANEO - Das schwule Anti-Gewalt-Projekt in Berlin (2007):
Gewalterfahrungen von schwulen und bisexuellen Jugendlichen und Männern in Deutschland. Ergebnisse der MANEO – Umfrage 2006/2007, MANEO c/o Mann-O-Meter e.V., Berlin.
<http://www.maneo-toleranzkampagne.de/umfrage-bericht1.pdf> (03.05.2017).

Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter des Landes Nordrhein – Westfalen (2012):
NRW – Aktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt – gegen Homo- und Transphobie. Aktionsplan der Landesregierung. MGEPA, Düsseldorf.
https://www.mgepa.nrw.de/mediapool/pdf/emanzipation/lsbt/NRW_Aktionsplan_gegen_HHom-_und_Transphobie_20121031__2_.pdf (10.05.2017).

Plöderl, M. (2005):
Sexuelle Orientierung, Suizidalität und psychische Gesundheit. Beltz, Weinheim.

Robert Koch – Institut (2015):
Neue Schätzung zu HIV/AIDS in Deutschland. Pressemitteilung des Robert Koch-Instituts. Pressestelle RKI, Berlin.

Rupp, M. (Hg.) (2009):
Die Lebenssituation von Kindern in gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften. Bundesanzeiger Verlag GmbH, Köln, Auflage: 1 (2009).
https://www.bmjv.de/SharedDocs/Archiv/Downloads/Forschungsbericht_Die_Lebenssituation_von_Kindern_in_gleichgeschlechtlichen_Lebenspartnerschaften.pdf?__blob=publicationpubl&v=3 (03.05.2017).

Steger, F. (2007):
Suizidalität bei Homosexuellen: Gezielte Prävention gefordert. In: Deutsches Ärzteblatt, 2007, PP6.
<https://www.aerzteblatt.de/archiv/55224/suizidalität-bei-homosexuellen-gezielte-praevention-gefördert> (03.05.2017).

Weltgesundheitsorganisation (2000):
Internationale Klassifikation psychischer Störungen: ICD-10, Kapitel V (F). In: Dilling H, Mombour W, Schmidt MH, Schulte-Markwort E (Hrsg): Diagnostische Kriterien für Forschung und Praxis. Bern, Göttingen, Toronto, Seattle: Verlag Hans Huber.

Zick, A., Hövermann, A., Küpper, B. (2011):
Die Abwertung des Anderen.
Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Hrsg. Von der Friedrich – Ebert – Stiftung, Forum Berlin, Berlin.